



Aarburg
zentral ideal!

EINWOHNERGEMEINDE AARBURG

PROTOKOLL der Gemeindeversammlung vom Freitag, 26. November 2010

Anwesend	Gemeindeammann Vizeammann Gemeinderäte	Charly Grob Alois Spielmann Bruno Christen Rolf Walser	(Vorsitz)
	Gemeindeschreiber	Stephan Niklaus	(Protokoll)
	Stimmzähler	Marco Zoli Ruth Inäbnit	
Ort	Mehrzweckhalle Paradiesli		
Zeit	19.30 – 23.20 Uhr		

Zahl der Stimmberechtigten	3'493
Beschlussesquorum nach § 30 GG (1/5 der Stimmberechtigten)	699
1/10 der Stimmberechtigten für fakultatives Referendum (§ 7 GO)	350
Anwesende Stimmberechtigte	227
1/4 der anwesenden Stimmberechtigten für geheime Abstimmung (§ 27 Abs. 2 GG)	57

Traktanden

1. Protokoll vom 18. Juni 2010
2. Kreditbegehren von CHF 15'000 als Gemeindebeitrag an die Kosten der Kirchentreppe-Renovation durch die Reformierte Kirchengemeinde (Ablehnungs-Antrag)
3. Kreditbegehren von CHF 375'000 für eine neue Mittelspannungs-Schaltanlage in der Trafostation Perry Center
4. Kreditbegehren von brutto CHF 720'000 für die Sanierung der Kanalisation zwischen der Frohburg- und der Zimmerliststrasse entlang des Tychs
5. Erhöhung der Nachtparking-Gebühren gemäss Parkierungsreglement per 01.01.2011
6. Budget 2011 mit einem um 2 % von 117 % auf 119 % erhöhten Steuerfuss
7. Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Tiefelach/Rindel“;
Flächengleicher Abtausch der Wohn- bzw. Landwirtschaftszone
8. Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Bahnhof West“ ;
Ergänzung BNO § 6 und mit neuem § 12 bis
9. Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Gishalde“;
Ergänzung BNO mit neuem § 7 bis

10. Einbürgerungen

- 10.1 Aybir, Yasin Cemre
- 10.2 Blanco Carril, José Javier
- 10.3 Bodur, Faruk Serdar und Bodur geb. Yildirim, Nilüfer
mit Tochter Lara
- 10.4 Cil, Oya
- 10.5 Da Silva Lopes, Catia Sofia
- 10.6 De Abreu Cardoso, Hélder Ricardo
- 10.7 Dibrani, Nazimi
- 10.8 Dibrani, Patrik
- 10.9 Fazlic Nedzadeta mit den Kindern
Anida, Edita und Anis **(Ablehnungs-Antrag)**
- 10.10 Ferina, Antonio
- 10.11 Knezevic, Miodrag
- 10.12 Lomanno, Enzo
- 10.13 Mehmetaj, Drita
- 10.14 Mehmetaj geb. Zhabotaj, Shemsije und Sohn Lum
- 10.15 Miranda Ferreiro, Natalia mit Tochter Olivia
- 10.16 Örki, Damla
- 10.17 Papic geb. Ciganovic, Milka
- 10.18 Sakiz, Derya
- 10.19 Salcaj, Bujar mit den Kindern
Blearta, Amanda, Laura und Dorian
- 10.20 Tafaj, Betim
- 10.21 Yagiz, Cansu

11. Orientierung und Umfrage

Verhandlungen

Gemeindeammann Charly Grob begrüsst die Anwesenden zur Rechnungs-Gemeindeversammlung. Er stellt fest, dass die Versammlung ordnungsgemäss einberufen wurde. Die Unterlagen wurden fristgerecht zugestellt. Die Akten lagen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die heutigen Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum.

Votanten sind gebeten, konsequent das **Mikrofon** zu **benützen** und zu Handen des Protokolls ihren Namen zu nennen.

Jörg Villiger stellt den **Ordnungsantrag**, die Versammlungsdauer sei auf maximal 2½ Stunden zu begrenzen. **Gemeindeammann Charly Grob** ruft im Gegenzug dazu auf, dass Redner sich kurz fassen mögen. Die recht volle Traktandenliste soll nach Möglichkeit abgearbeitet werden. In 2½ Stunden sieht man dann wie weit man gelangt ist und dann kann immer noch entschieden werden. Falls abgebrochen werden müsste, würden die Einbürgerungsgesuche aber in jedem Fall noch abgehandelt.

1. Protokoll

Beschluss:

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2010 wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist am 03. Januar 2011 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an
– Akten GR A1.2.2

2. Kreditbegehren von CHF 15'000 als Gemeindebeitrag an die Kirchentreppe-Renovation durch die Reformierte Kirchgemeinde (Ablehnungs-Antrag)

Vizeammann Alois Spielmann gibt die Haltung des GR bekannt, welcher sich dazu bekennt, dass die Sanierung der Reformierten Stadtkirche das Ortsbild massiv prägt. Ein öffentliches Interesse an der Sanierung der Kirchentreppe ist vorhanden. Der ablehnende Antrag des GR basiert zur Hauptsache auf der schlechten finanziellen Lage der Gemeinde. Viele andere sicherlich auch begründete Begehren mussten ebenfalls abgelehnt werden.

FGPK-Mitglied Christian Suter gibt die Haltung der FGPK bekannt. Für diese ist die Kirchentreppe auch ein Teil des Ortsbildes. Eventuell wird aber ein Präjudiz geschaffen für andere ähnliche Begehren, wenn ein finanzieller Beitrag an diese Sanierung gesprochen wird. Die Mehrheit der FGPK folgt aus diesem Grund dem gemeinderätlichen Antrag, den Beitrag abzulehnen.

Kirchenpflegepräsident Thomas Lehner stellt klar, dass bei der Kirchenrenovation rund 2,2 Mio. Franken ausgegeben wurde und man nun mit nahezu einer 1 Mio. Franken in den roten Zahlen steht. Die Kirchentreppe führt zu einem der schönsten Aussichtsplätze in Aarburg und dieser Platz wird von der Öffentlichkeit rege mitbenutzt. Das öffentliche Interesse ist gegeben und die Gemeinde sollte nun mit einem finanziellen Beitrag ein Zeichen setzen. Die Kirchenterrasse soll öffentlich zugänglich bleiben, sie ist touristisch interessant und wird auch sonst von der Öffentlichkeit rege benutzt.

In der Folge sprechen **verschiedene Votanten**, für oder auch gegen die Sprechung eines Gemeindebeitrages. Als Argumente für einen Beitrag werden die laufende Stadtaufwertung und der öffentliche Charakter ins Feld geführt. Gegen einen Beitrag wird gesprochen mit Hinweisen auf die finanzielle Lage der Gemeinde und auf die Kirchensteuern, welche für solche Kosten dienen sollen.

Die Meinungen sind gemacht, der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung.

Beschluss:

Der ablehnende Antrag des Gemeinderates wird (mit 110 Nein-Stimmen zu 88 Ja-Stimmen) verworfen, womit an die Renovation der Kirchentreppe durch die Reformierte Kirchgemeinde ein Gemeindebeitrag von CHF 15'000 gesprochen ist.

Dieser Beschluss ist am 03. Januar 2011 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Akten GR K2.2.3
- BPU
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

3. Kreditbegehren von CHF 375'000 für eine neue Mittelspannungs-Schaltanlage in der Trafostation Perry Center

Gemeinderat Bruno Christen erläutert das Kreditbegehren mit verschiedenen Folien/Bildern näher. Die Versorgungssicherheit wird durch eine neue Mittelspannungs-Schaltanlage wesentlich erhöht. Das Schaltzentrum-Gebäude selbst muss nicht erweitert werden, obwohl wesentlich mehr aber eben modernere und kleinere/kompaktere neue Technik eingebaut wird.

FGPK-Mitglied Michael Meier gibt den Prüfbericht der FGPK bekannt. Diese sinnvolle Investition zugunsten der Versorgungssicherheit für Aarburg wird von der FGPK unterstützt.

Beschluss:

Das Kreditbegehren von CHF 375'000 inkl. MwSt. zuzüglich allfällige Teuerung (Preisstand Juni 2010) für eine neue Mittelspannungs-Schaltanlage in der Trafostation Perry Center wird (einstimmig) genehmigt.

Dieser Beschluss ist am 03. Januar 2011 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Akten GR E1.1.3
- TB
- BPU
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

4. Kreditbegehren von brutto CHF 720'000 für die Sanierung der Kanalisation zwischen der Frohburg- und der Zimmerlistrassen entlang des Tychs

Gemeinderat Rolf Walsler gibt Details zum Kreditbegehren bekannt und zeigt auf einem Übersichtsplan, um welche Kanalisation es sich handelt. Bei der 1. Etappe des Projekts braucht es eine Tieferlegung und eine Querschnitt-Vergrößerung von 300 auf 800; hier ist eine Regenentlastung eingebaut.

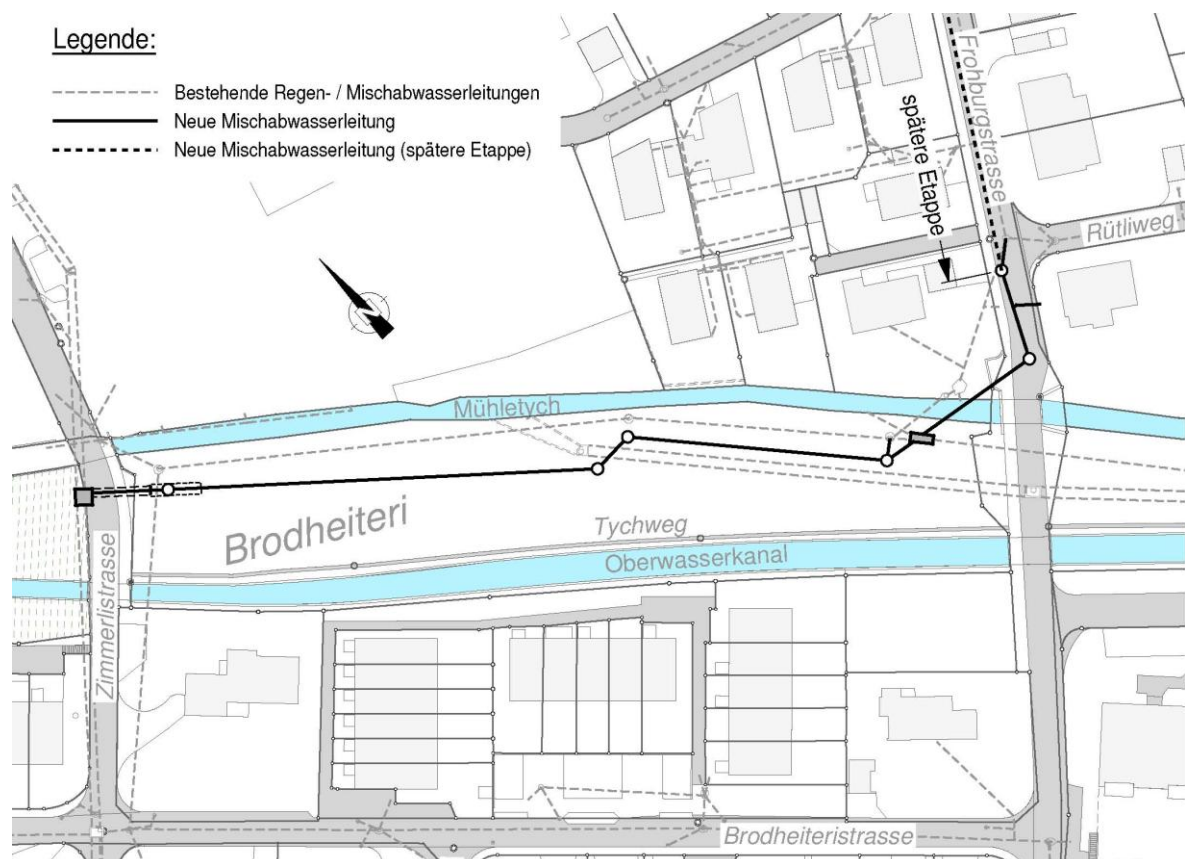
Ofringen beteiligt sich mit rund ¼ Anteil / CHF 114'500 an den Gesamtkosten (CHF 485'000) der 1. Etappe, weil Ofringen ein Teilgebiet eines angrenzenden Quartiers in diese Leitung entwässert.

Bei der 2. Etappe gehen die Kosten von CHF 235'000 voll zu Lasten der Gemeinde Aarburg.

Insgesamt fallen für Aarburg CHF 605'000 Investitionskosten an. Dieser Betrag wird durch den Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasser mit den Abwassergebühren finanziert, weshalb das Budget der Einwohnergemeinde nicht belastet ist.

Gemeindefürster Jörg Villiger fragt an, warum die Leitung im Bereich wo die beiden Tych-Läufe fließen (Oberwasserkanal und Mühletych) so geführt werde, dass der Baumbestand im fraglichen Gebiet (es handelt sich nicht um Wald sondern um Grünzone mit Baumbestand) total kahl gerodet werden muss.

Gemeinderat Rolf Walsler antwortet, dass die neue Leitung parallel zur schon bestehenden Leitung geführt werden muss, jedoch im Trassee-Bereich seines Wissens kein einziger Baum im Weg stehe und auch sonst nicht gerodet werden müsse.



Bei der **Diskussion** wird das Wort nicht ergriffen und Fragen ergeben sich keine.

Die Meinungen sind gemacht, der Vorsitzende schreitet zur **Abstimmung**.

Beschluss:

Das Kreditbegehren von brutto CHF 720'000 inkl. MwSt. zuzüglich allfällige Teuerung (Preisstand August 2010) für die Sanierung der Kanalisation zwischen der Frohburg- und der Zimmerlistrasse entlang des Tychs wird (einstimmig) genehmigt.

Dieser Beschluss ist am 03. Januar 2011 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Akten GR K1.1.3
- BPU
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

5. Erhöhung der Nachtparking-Gebühren gemäss Parkierungsreglement per 01.01.2011

Gemeinderat Rolf Walser orientiert, dass die Gemeinde mehrfach Reklamationen erhalten hat wegen unbefriedigenden Parkiersituationen in Aarburg Nord und Süd, wobei es vor allem Bereiche betrifft, wo Mehrfamilienhäuser ohne ein genügendes Angebot an Parkplätzen für die Mieter stehen.

Dort wo aber genügend Parkplätze vorhanden wären, dies betrifft vorwiegend Liegenschaften in Aarburg Nord, wird aus finanziellen Gründen teilweise gerne auf der Strasse parkiert, denn das kostet nur etwa die Hälfte von dem, was für einen Garagierungsplatz bezahlt werden muss.

Die zuparkierten Strassenzüge bergen Gefahren für Fussgänger und vor allem für Kinder. Gleichzeitig wird das Strassenbild abgewertet. Das wilde Parkieren in den Quartieren bringt weiter auch Behinderungen für Zu- und Wegfahren bei privaten Parkierungsanlagen mit sich.

Mit einer Anhebung der Nachtparking-Gebühr per 1.1.2011 von bisher CHF 40 auf neu CHF 80 pro Monat für Personenwagen (analog Oftringen) als Steuerungsmassnahme soll diesen Problemen begegnet werden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird dann zu überprüfen sein, ob und welche auf der Strasse weiss markierten Parkfelder aufzuheben sind.

FGPK-Mitglied Heinz Borner empfiehlt im Namen der einstimmigen FGPK, die Vorlage anzunehmen und die Gebühren aus den vorgebrachten Gründen antragsgemäss anzuheben.

Beschluss:

Der Erhöhung der Nachtparking-Gebühren für Personenwagen per 1.1.2011 von bisher CHF 40 auf neu CHF 80 pro Monat und der entsprechenden Tarifierungsanpassung im Parkierungsreglement wird praktisch einstimmig (2 Gegenstimmen) genehmigt.

Dieser Beschluss ist am 03. Januar 2011 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Akten GR S3.1.2
- BPU
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6. Budget 2011 mit einem um 2 % von 117 % auf 119 % erhöhten Steuerfuss

Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann erläutert einleitend, dass das Budget 2011 dem Gemeinderat arg Kopfzerbrechen bereitet hat. Zu viele Belastungen kommen auf die Gemeinde zu und mit Sparen allein kann der Finanzhaushalt langfristig nicht ausgeglichen werden. Der Gemeinderat schlägt deshalb eine Steuerfusserhöhung von 2 % vor.

In der Folge erläutert **Finanzchef Alois Spielmann** das Budget weiter. Der Steuerfuss soll wie gesagt 119 Prozent betragen. Die Lohnsumme wird um 1 Prozent erhöht. Der Aufwandüberschuss beträgt rund 775'000 Franken, wobei der Kanton im 2011 Finanzausgleich von 505'000 Franken in die Gemeindekasse fliessen lässt. Damit reduziert sich der Aufwandüberschuss, unter zusätzlicher Berücksichtigung des heute Abend für die Kirchgemeinde gesprochenen Beitrages an die Treppensanierung, auf 285'000 Franken.

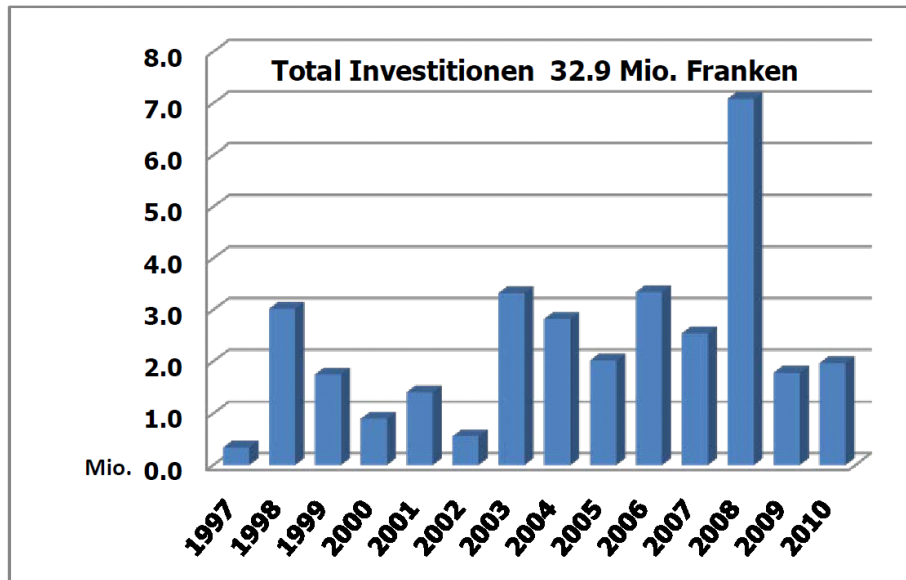
Am meisten zu denken geben die Abweichungen, nämlich bei der Bildung (4,15 Mio. Franken) und Soziale Wohlfahrt (3,3 Mio. Franken). Tendenz zunehmend! Es sollte nicht sein, dass dereinst für die Sozialhilfe mehr ausgegeben werden muss als für die Bildung.

Die Nettoinvestitionen sind mit 1,8 Mio. Franken veranschlagt, sie können nicht vollständig eigenfinanziert werden.

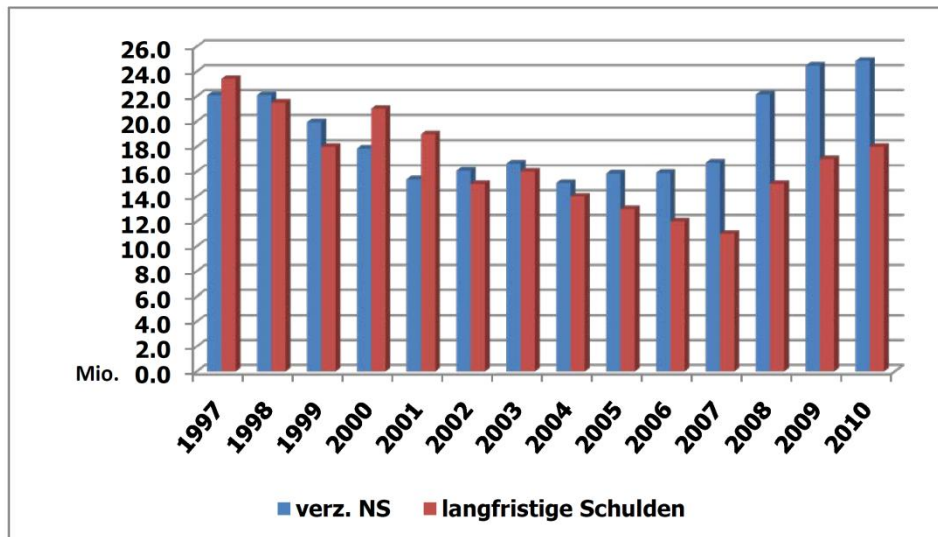
Die Einkommens- und Vermögenssteuern wurden stets vorsichtig budgetiert. Es sieht so aus, dass im Jahr 2010 das Budget erreicht werden kann. 2011 darf mehr budgetiert werden und die Steuererhöhung von 2 % ist bereits eingerechnet. Die Quellensteuer ist in den letzten Jahren massiv angestiegen, es wird im Budgetjahr mit 600'000 Franken gerechnet. Die Aktiensteuern sollten 2010 1,5 Mio. Franken bringen und 2011 1,7 Mio. Franken.

Anschliessend werden verschiedene Zahlen ab Folie näher erläutert:

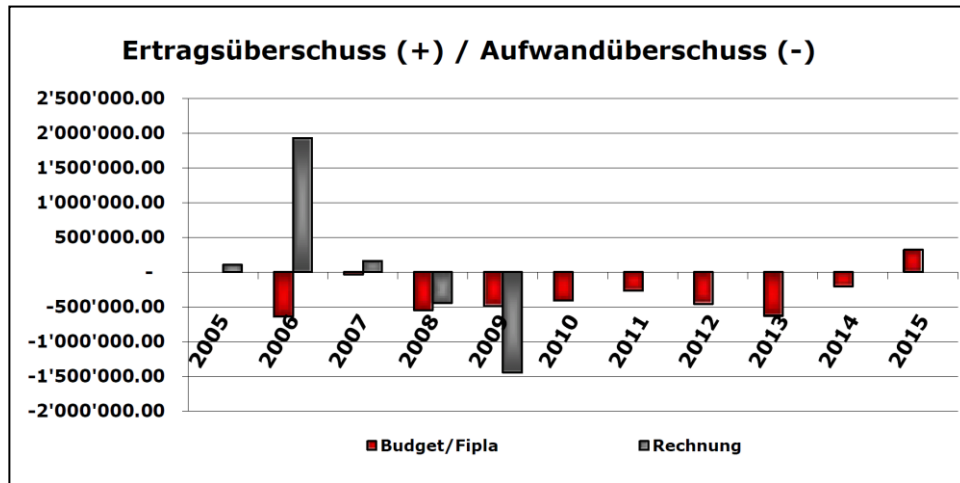
Investitionen von 1997 – 2010



Schulden von 1997 – 2010



Ertragsüberschuss + / Aufwandüberschuss -



Alois Spielmann spricht in der Folge die zukünftigen Budgets an. Die Bilanzfehlbeträge 2011 und auch 2010 werden wir zusätzlich abschreiben müssen. Ab 2015 sollte wieder ein Überschuss geschrieben werden können. In der Folge zeigt er die verschiedenen Posten, die inskünftig jährlich wiederkehrende hohe Ausgaben mit sich bringen ohne dass man dagegen etwas tun könnte. Gleichzeitig steigen die Ausgaben bei der sozialen Wohlfahrt ungebremst an. Der Gemeinderat schlägt deshalb eine Steuerfusserhöhung von 2 % vor. Der erwartete Wirtschaftsaufschwung wird auch noch etwas an Mehreinnahmen bringen und dasselbe erhofft sich der Gemeinderat von seiner Strategie bei den Sozialausgaben. Mit der Stadtaufwertung sodann kann langfristig eine Verbesserung der finanziellen Lage herangebracht werden. In Aarburg gab es schon etliche Stürme; wir haben indessen noch alle überwunden und überstanden. Es kommen auch wieder ruhigere Zeiten!

FGPK-Sprecher Henry Löw gibt die Haltung der FGPK bekannt, bei welcher dieses Budget bis am Schluss umstritten war. Die fremdbestimmten Ausgaben, das sind rund 90 % des Gemeindebudgets, steigen stärker an als die Einnahmen. Von einer sich auf das Budget auswirkenden Erholung der Wirtschaftslage kann beim besten Willen noch nicht ausgegangen werden. Eine Beschränkung auf das Notwendige ist nach wie vor unumgänglich. Die FGPK ist der Ansicht, dass dieses Budget zumindest eine schwarze Null ausweisen sollte. Das noch bestehende restliche Defizit von rund CHF 270'000 sollte mit einer Steuerfusserhöhung von 4 % (und nicht nur 2 %) aufgefangen werden. Die FGPK stellt mehrheitlich entsprechend **Antrag**.

In der Folge geht der **Vorsitzende** das Budget abschnittsweise durch.

Bei der Rubrik Bildung spricht **Jörg Villiger** einen Brief der Lehrerschaft zum Renovationsbedarf beim Schulhaus Höhe an. Bauverwalter **Lars Bolliger** antwortet, dass die Probleme nicht so gravierend sind wie im fraglichen Brief dargestellt. Die Sanierung der Schulanlage Höhe ist im Finanzplan eingestellt ist und die Projektgruppe hat ihre Arbeit bereits gestartet.

Jörg Villiger will weiter zum Thema Jugendpsychologischer Dienst wissen, warum nichts im Budget ist und warum Aarburg keine Stipendien mehr ausbezahlt.

Antwort **Gemeinderat Rolf Walser**: Der SPD ist neu dem Kanton angelastet und Stipendien werden tatsächlich nicht mehr ausgerichtet; der Fonds-Zweck wird überprüft und die Zweckbestimmung ausgeweitet. So sollen zB. Gelder fliessen für Kinderbetreuungs-Projekte.

Cornelia Rüegger spricht die Einsetzung eines externen Büros für die Leitung der Sozialen Dienste an; müssten die entsprechenden Mehrkosten nicht ins Budget? Und weiter, wo sind die Mehrkosten für die Umsetzung der neuen Strategie im Sozialbereich im Budget eingestellt? Für das Integrationskonzept der Gemeinde sind CHF 15'000 budgetiert, müsste hier nicht eine „Null“ angehängt werden, um ein organisatorisch und qualitativ gutes Integrationsprojekt auf die Beine zu stellen !?

Gemeindeammann Charly Grob kündigt an, dass der interimistische Leiter der Sozialen Dienste heute Abend noch erscheinen, und diese Fragen detaillierter beantworten wird. Immerhin kann gesagt werden, dass Mehrkosten anfallen; die externe Stellenleitung ist teurer als eigene Leute. Die Zahlen wurden erhoben und werden nachgeliefert. Das Integrationsprojekt ist so wie angedacht absolut machbar; der Gemeinderat ist an dieser Sache dran.

Gemeindeschreiber Stephan Niklaus ergänzt, dass im Jahr 2011 für die externe Stellenleitung Soziale Dienste rund CHF 20'000 Franken Mehrkosten anfallen werden.

Suphi Konaç meint, dass es doch fast nicht sein kann, dass Aarburg derart viele Sozialhilfebezüger auszuhalten hat. Er vermutet in Aarburg eine hohe Missbrauchsquote. Es kann doch nicht sein dass eine Gemeinde für die Bildung weniger Geld zur Verfügung hat als für die Sozialhilfe. Er ruft den Gemeinderat zu genauen Kontrollen und Untersuchungen in diesem Bereich auf.

Jörg Villiger will wissen, wie sich die 160 Sozialhilfebezüger aufteilen (Rentner, Alleinerziehende, Working Poor, IV-Rentner etc.). Hier kann man doch nicht einfach nur so „abklemmen“! Übrigens: Leute in IV-Abklärung und Personen mit Arzzeugnis dürfen nicht in ein Integrationsprogramm gesteckt werden. Wo will man nun sparen?

Gemeindeammann Charly Grob kann diese Frage nicht beantworten, einerseits sind die Daten so nicht vorhanden und andererseits muss eventuell auch der Persönlichkeitsschutz beachtet werden. Der Gemeinderat und die neue Leitung der Sozialen Dienste sind daran, die neue Sozialstrategie umzusetzen. Dies ist ein laufender Prozess, über die Umsetzung kann in der jetzigen Phase nicht Auskunft erteilt werden. Ein Grund jedenfalls, warum Aarburg viele Sozialhilfebezüger aufweist liegt darin, dass relativ viel günstiger Wohnraum in nicht mehr unterhaltenen MFH besteht. Die Nähe zu Olten macht auch etwas aus.

Jörg Villiger und **Monika Eichelberger beantragen** unter ausführlichen Begründungen, der Budgetposten 1.580.318 für das Muki-Deutsch solle für die Durchführung eines zweiten Kurses erhöht werden um CHF 3'500. Dieser **Antrag** wird in der später folgenden **Abstimmung** deutlich **angenommen**.

Patricia Jacomet, unterstützt durch **Jörg Villiger** und **Belinda Richner**, beantragt zur Rubrik Kultur/Freizeit, der Budgetposten 1.350.301 Löhne Jugendarbeit sei um CHF 100'000 zu erhöhen zwecks Finanzierung einer Jugendarbeiter-Vollzeitstelle. Die eminent wichtige Jugendarbeit in Aarburg ist seit einem halben Jahr verwaist. Im Budget 2011 sind nur 25'000 Franken eingestellt. Aarburg mit seiner vielschichtigen Bevölkerungsstruktur braucht mindestens eine Vollzeitstelle für die regelmässige Betreuung der Jugendlichen. Der Kanton soll dabei um einen Beitrag (es seien Subventionen bis zu 40 % der Kosten möglich) angefragt werden.

Gemeindeammann Charly Grob und **Vizeammann Alois Spielmann** verweisen auf die über 60 Vereine, diese könnten gute Jugendarbeit leisten und sind stets auf der Suche nach jugendlichem Nachwuchs. Ausserdem hat Aarburg auch noch die Schulsozialarbeit. Aarburg macht nicht einfach nur nichts! Zudem liegt die Verantwortung für die Erziehung der Jugendlichen immer noch in erster Linie bei den Eltern.

Vizeammann Alois Spielmann und **Gemeinderat Rolf Walser** verdeutlichten weiter, dass ein Jugendtreff nicht einfach über Nacht installiert werden kann. Der Treff wird im Jahr 2011 erst wieder aufgebaut. Mitte 2011 sollte dann jemand angestellt werden können. Im Budget sind CHF 25'000 Franken für ein 40%-Pensum eingesetzt. Das Budget muss nicht abgeändert werden. Man kann die Jugendarbeit ja nicht per sofort von Null auf Hundert herauffahren.

In der nachfolgenden **Abstimmung** wird dieser **Antrag klar abgelehnt**.

FDP-Präsident Dr. Rolf Borner stellt im Namen seiner Partei mit Blick auf die nachträglich bekannt gewordene Finanzausgleichszahlung in der Höhe von rund 0.5 Mio. Franken den **Antrag**, der Steuerfuss sei nicht zu erhöhen, sondern auf 117 % zu belassen.

Die **Ausmehrung** der 3 Anträge betreffend Steuerfuss ergibt:

Antrag GR	119 %	90 Stimmen
Antrag FGPK	121 %	26 Stimmen
Antrag FDP	117 %	88 Stimmen

Die **Ausmehrung** der 2 verbleibenden Anträge betreffend Steuerfuss ergibt:

Antrag GR	119 %	123 Stimmen
Antrag FDP	117 %	91 Stimmen

Der obsiegende Antrag des Gemeinderates mit 119 % gelangt in der Folge zur **Schlussabstimmung**.

Beschluss:

Das Budget 2011 wird mit einem um 2 % von 117 % auf neu 119 % erhöhten Steuerfuss genehmigt.

Protokollauszug an

- Akten GR F3.7.7 Budget EG
- Akten GR K4.A Jugendarbeit Alte Turnhalle
- Akten GR S1.7.2 Muki-Deutsch
- Akten GR V4.6.2 Strategie SD
- Abt. Finanzen
- Abt. Soziale Dienste

GEMEINDERAT AARBURG

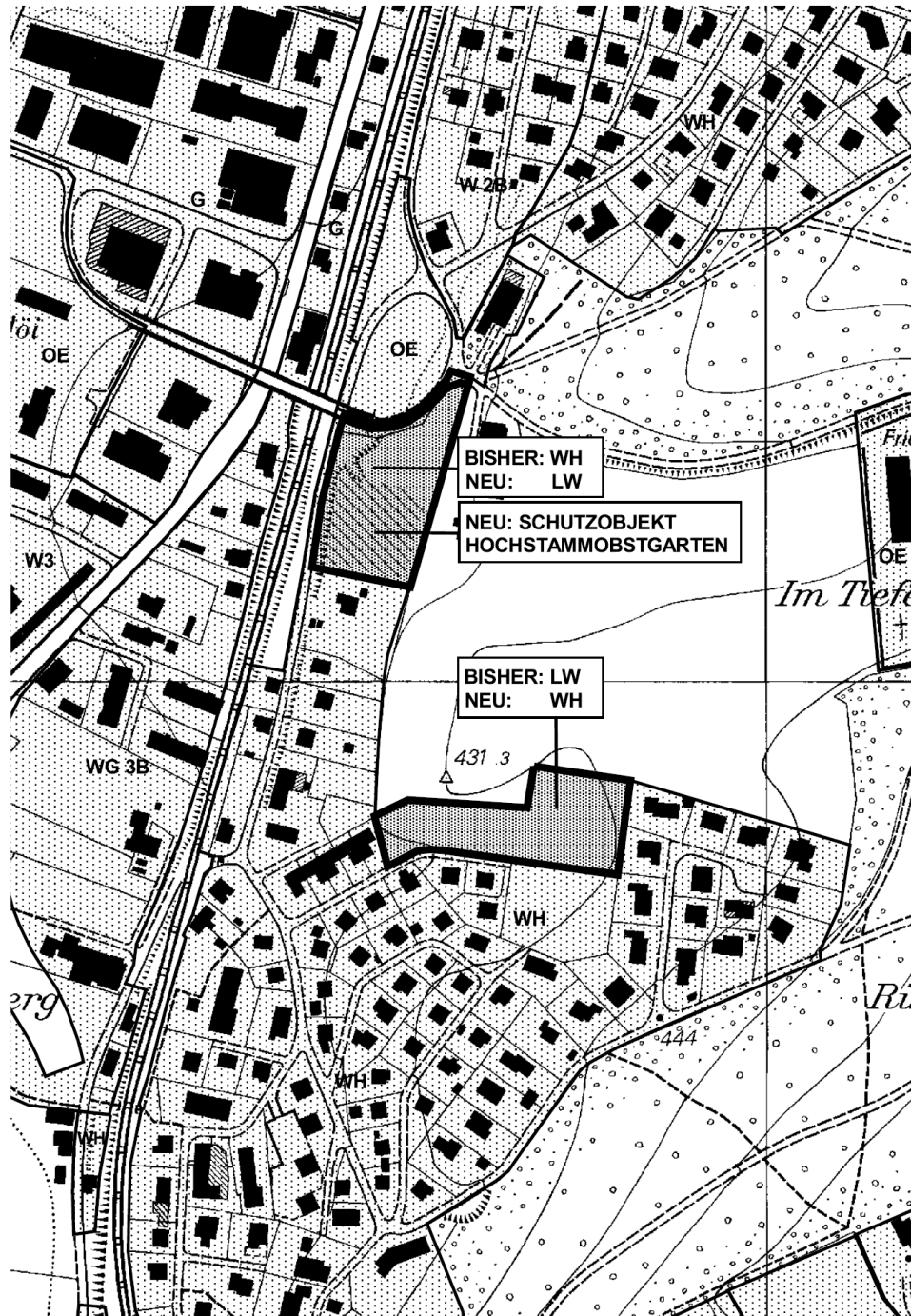
Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

**7. Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Tiefelach/Rindel“;
Flächengleicher Abtausch der Wohn- bzw. Landwirtschaftszone**

Gemeinderat Rolf Walsler erläutert das Geschäft, das einen flächengleichen Landabtausch im Halte von 0,52 Hektaren beinhaltet. Das heutige Bauland ist in der Bauzone WH eingeteilt; es soll in die Landwirtschaftszone verlegt werden. Im Gegenzug dazu soll ein gleich grosses Stück Land von der Landwirtschaftszone in die Bauzone WH verlegt werden.

Die Grundstücke sind qualitätsgleich, das Bauland wird aber an einer leicht vorteilhafteren Lage sein. Demgegenüber ist das auszonierende Bauland → neu Landwirtschaftsland dann näher am Hof von Landwirt Schär gelegen.



Der im heutigen Bauland-Perimeter stehende Hochstamm-Obstgarten ist heute nicht geschützt, er soll im neuen revidierten Zonenplan als Schutzobjekt eingetragen werden.

Die Erschliessung des einzuzonenden Baulandes soll über den bestehenden Hubelweg erfolgen; das neue Bauland schliesst sich nahtlos an das bereits bestehende Wohnquartier an. Der Zonentausch ist auch hier vorteilhaft: Deutlich bessere Immissionssituation (weg von der Bahnlinie) und damit höhere Wohnqualität.

Aufgrund der Ausstandsklausel nach Gemeindegesetz werden nun die Landeigentümer Familie Schär in den **Ausstand** gebeten.

Anmerkung des Protokollführers: Dies war, wie sich das DVI im Nachgang zu dieser GV hat vernehmen lassen, gar nicht nötig: Bei Zonenplanänderungen sind selbst betroffene Eigentümer einzelner Grundstücke nicht ausstandspflichtig !

FGPK-Mitglied Urs Allemann gibt den Prüfbericht der FGPK bekannt: Der gemeinderätliche Antrag wird einstimmig unterstützt.

In der Detailberatung meldet sich **Kurt Vonwiller**. An und für sich scheint es um ein kleines Geschäft zu gehen. Wenn man dahinter denkt stellen sich aber schon ein paar Fragen. In der Vorlage steht, der Landwirt habe sich bemüht Käufer zu finden. Verlässliche Aussagen des Landbesitzers sagen aber das Gegenteil, nämlich dass dieser gar nicht verkaufen wolle. Warum muss dann umgezont werden wenn der Landbesitzer ja nicht verkaufen will?

Zum Obstgarten: Dieser wird gelobt und geschützt. Vor 2-3 Wochen und auch heute noch sah/sieht man aber die noch nicht heruntergefallenen Äpfel noch heute am Baum hängen. Zum Lärmschutz: Die SBB hat vor 2-3 Jahren Lärmschutzwände gebaut entlang der SBB-Linie. Warum, wegen dem Obstgarten und den Kälbern die auf dieser Parzelle weiden? Kurt Vonwiller ersucht die Anwesenden darum, diese Teiländerung des Bauzonenplans abzulehnen, denn er sehe wirklich nicht ein, warum das Land umgezont werden müsse wenn der Landbesitzer nicht bauen wolle und die Gemeinde aus dem umtriebigen und aufwändigen Umzonungsverfahren nur Kosten hat.

Robert Giehl empfindet das Geschäft als sinnvoll denn es verlegt die Lebensgrundlage der Menschen weg vom Lärm. Vor der Erstellung der Lärmschutzwände hat man nicht nur die Bahn sondern auch jedes Auto gehört bis zum Wiesenweg hin und noch weiter. Auch heute ist es das Wohnen dort oben noch kein Vergnügen. Der Schritt der Gemeinde geht in die richtige Richtung: Ein Grüngürtel gehört zwischen Eisenbahnlinie und Wohnquartiere.

Kaspar Fiechter ist Anstösser beim nun einzuzonenden Landwirtschaftsland. Dieses eigne sich zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung (pflügen) nicht wirklich.

Beschluss:

Der Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Tiefelach/Rindel“ mit dem flächengleichen Abtausch der Wohn- bzw. Landwirtschaftszone wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Dieser Beschluss ist am 03. Januar 2011 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Akten GR B1.7.2
- BPU
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

8. **Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Bahnhof West“;
Ergänzung BNO § 6 mit neuem § 12^{bis}**
9. **Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Gishalde“;
Ergänzung BNO mit neuem § 7^{bis}**

Der Vorsitzende, **Gemeindeammann Charly Grob**, erklärt dass diese beiden separaten Geschäfte so eng verbunden sind, dass man sie zusammen vorstellt. Die Abstimmungen werden dann aber natürlich separat durchgeführt. Die Geschäfte werden in dieser Reihenfolge präsentiert:

- Gesamtprojekt „Stadtaufwertung“
- Projekt „Bahnhof West“
- Projekt „Gishalde“
- Verkehrswertschätzungen
- Abtauschlössung Kanton – Franke
- Raumplanerische Herausforderung – um was geht es?
- Fazit

Der Leitsatz von Aarburg, so Gemeindeammann Charly Grob weiter, lautet in diesem Stadtaufwertungs-Prozess: **Aarburg ist eine florierende, attraktive Kleinstadt**. Als Ziel sucht Aarburg eine starke Identität, wirtschaftlichen Erfolg und hohe Wohnqualität. Massnahme dazu ist eine gezielte Einflussnahme auf die planmässige Gestaltung des öffentlichen Raums sowie auf die Bauten privater Investoren. Daraus resultieren soll ein hochwertiger Nutzungsmix aus Wohnen, Arbeiten, Freizeitgestaltung und Einkaufen. Dies gilt als Beispiel speziell für das Areal Domotec, der Gemeinderat will sagen können was er dort realisiert haben will oder vielleicht eben nicht.

Zwei der Entwicklungspunkte im Stadtaufwertungs-Prozess sind das Projekt „Bahnhof West“ und das Projekt „Gishalde“. Gemeindeammann Charly Grob erläutert weiter die Vorteile der beiden Projekte. Der Erlös aus solchen Projekten fliesst jeweils in den Fonds roulant, dort werden die Mittel für die Realisierung weiterer Entwicklungsschwerpunkte geüffnet.

Bauverwalter Lars Bolliger stellt in der Folge das **Projekt „Bahnhof West“** unter Begleitung von Beamer-Folien ausführlich vor. Die Entwicklung soll im Interesse der Gemeinde aktiv beeinflusst werden. Gefragt ist eine städtebaulich und architektonisch hochstehende Gestaltung. Es kann sicher nicht sein, dass die Rondelle als Autoparkplatz dienen muss und auf dem Domotec-Areal Lagerhallen mit Imbissständen aufgestellt werden. Im Zuge des Projekts „Bahnhof West“ sollen organistorisch intelligente und nutzungsflexible Gebäudestrukturen für Wohnen, Arbeiten, Freizeitgestaltung und Einkaufen entstehen. Eine sorgfältige Gestaltung der Bauten geht einher mit der besonderen Beachtung der Aussenräume und einer nachhaltigen energiewirtschaftlichen Lösung (Minergie). Lars Bolliger erklärt in der Folge die dafür beantragten Änderungen im Bau- und Zonenplan. Das Projekt bringt der Gemeinde in dreifacher Hinsicht Nutzen: Einen finanziellen Nutzen, eine Aufwertung des Raumes und hoffentlich gute Arbeitsplätze.

Weiter stellt er das **Projekt „Gishalde“** mit aussagekräftigen Beamer-Folien ausführlich vor. Auch dieses Projekt ist ein wichtiger Teil der gesamten Stadtaufwertung. Das innovative Pionierprojekt beinhaltet nachhaltiges, hochwertiges und ökologisches Bauen. Das Vorzeigeprojekt mit seiner optimalen Anbindung an den ÖV wird der Gemeinde einen bedeutenden Image-Gewinn bringen. Er stellt in der Folge die Ziele des 2000 Watt-Projektes und die damit verbundenen strengen Auflagen der Gemeinde sowie die bei der Franke einverlangten rechtlichen Sicherheiten und die Verpflichtungen der Franke näher vor. Auf die vom Projekt Betroffenen wird möglichst grosse Rücksicht genommen (Erschliessungsführung, Pächter Gishaldenhof). Im Gegenzug zur beantragten Einzonung von bisherigem

Landwirtschaftsland wird das heute der Franke gehörende (an den Kanton übergehende) Bauland an der Alten Zofingerstrasse mit einer Bausperre von 15 Jahren = 1 Planungsperiode belegt.

Bauverwalter Lars Bolliger erklärt in der Folge die dafür beantragten Änderungen im Bau- und Zonenplan, welche bedingt ist auf 8 Jahre (Stichtag = ab Rechtskraft Einzonung) und entschädigungslos verfallen würde, wenn die Franke in dieser Zeit nicht mit dem Bau begonnen hat (Stichtag = Aus-hub).

Der übrigens im Gebiet Gishalde im Kulturlandplan eingezeichnete Hochstamm-Obstgarten (es stehen dort heute aber nur noch ein paar einzelne Bäume) wird der Bauerei wohl zum Opfer fallen; der Gemeinderat verspricht hier indessen Ersatz!

Anschliessend spricht **Ruedi Jordi**, Schöffland, welcher seit 25 Jahren professionelle Schätzungen macht und alle die zur Debatte stehenden Grundstücke im vorliegenden Geschäft neutral geschätzt hat. Ruedi Jordi zeigt das nicht ganz unkomplizierte Schätzungs- und Berechnungsverfahren anhand von Folien auf. Die durch Ein-/Umzonung und den Nutzungsverzicht beim Baustreifen Alti Stross geschaffenen Mehr-/Minderwerte sind auszugleichen. Dies geschieht unter anderem durch Barzahlungen der Franke an den Kanton und dadurch, dass die Gemeinde für den verbleibenden Mehrwert zu ihren Gunsten die kostenlose Abtretung der Rondelle (Wert 1.6 Mio. Franken) ins Gemeindeeigentum ansprechen kann.

Durch Ein-/Umzonung geschaffener Mehrwert

	Aarburg	Aargau	Franke
Landtausch und Ein-/Umzonung			
Besitzverhältnisse nach Ein-/Umzonung und Landtausch	-	2.7	5.4
Landtausch und Ein-/Umzonung	-	-1.4	-4.4
Mehrwert aus Ein-/Umzonung	-	1.3	1.0

Kompensation zwischen den Partnern

	Aarburg	Aargau	Franke
Kompensationen zwischen den Partnern			
Mehrwert aus Ein-/Umzonung	-	1.3	1.0
Ausgleichszahlung		+0.5	-0.5
Pachtzinszufluss Kanton/Pachtzinsübernahme und -verzicht Franke		+0.1	-0.2
Abtretung Rondelle	+1.6	-1.6	
Mehrwert für alle Partner (Differenz zu Status Quo)	1.6	0.3	0.3

Zahlen in Mio. CHF

Für die Gemeinde und deren Entwicklung entstehen aus diesem Landabtausch mehrere Vorteile:

Entwicklung Gishalde

- Hochwertige und nachhaltige Siedlung im Entwicklungsschwerpunkt Gishalde
- Gemeinde erhält national ausstrahlendes Pionierprojekt für nachhaltiges Wohnen im Sinne der 2000 Watt-Gesellschaft

Lösung raumplanerischer Probleme

- Genügende und geeignete Landwirtschaftsflächen für Realersatz im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Autobahn

- Kompensationsflächen in direkter Nachbarschaft sichern betroffenen Landwirten den Weiterbetrieb ihrer Höfe

Rondelle geht an Gemeinde

- Mit dem Landabtausch zwischen Kanton und Franke gelangt die Gemeinde unentgeltlich in den Besitz der Rondelle im Wert von 1.6 Mio. Franken
- Städtebaulich von grosser Bedeutung eröffnet die Rondelle der Gemeinde die Chance, den Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof West im Sinne der Stadtaufwertung bestmöglich ins Stadtbild einzupassen

Äufnung des Fonds roulant

- Dank der Rondelle erhält der Fonds roulant zusätzliche finanzielle Mittel
- Damit können weitere Entwicklungsschwerpunkte in der Stadtaufwertung, zB. der Bärenplatz, rascher an die Hand genommen werden, ohne die Gemeinderechnung zu belasten.

Der **Präsident der FGPK, Henry Löw**, gibt deren Haltung zur **Vorlage „Bahnhof West“** bekannt: Nach dem Erwerb des Areals Domotec und nach abgeschlossenem Projektwettbewerb will die FGPK nun den nächsten Schritt zur Stadtaufwertung realisieren. Mit dem heute noch bestehenden Zonenplan könnte das Areal nachhaltig schlecht und unkontrolliert zu Ungunsten der Gemeinde verbaut werden, was verhindert werden muss, denn es besteht keine Gestaltungspflicht. Die FGPK empfiehlt einstimmig, die Vorlage anzunehmen.

Kaspar Fiechter will wissen, was heute auf diesem Areal läuft und wie lange die Gemeinde noch die Chance hat, die Versicherungsgelder der Gebäudeversicherung frei zu machen. **Gemeindeammann Charly Grob** antwortet, dass jetzt die planungsrechtlichen Grundlagen erarbeitet werden müssen, damit das Projekt einem Investor baureif verkauft werden kann. Die Frist mit der Gebäudeversicherung wurde verlängert. Die Versicherung verlangt, dass bis Ende 2013 eine Summe von 5.1 Mio. Franken verbaut ist. Dann erhält die Gemeinde zu ihren Gunsten eine Versicherungsgeld-Zahlung in der Höhe von 1 Mio. Franken.

Paul Bouffler wohnt im Kleinfeld 23. Sein Interesse an den Geschäften ist als Anwohner im Südquartier gross, umsomehr als er die Bauerei an der Stägmattstrasse „live“ mit mehr oder weniger Begeisterung erleben musste. In der Folge spricht Paul Bouffler für die Stadtaufwertung generell und für die Annahme der Vorlagen „Bahnhof West“ und „Gishalde“.

Jörg Villiger erinnert an seinen Ordnungsantrag, wonach an der heutigen wie an allen zukünftigen Gemeindeversammlungen spätestens um 22.10 Uhr „Firobig“ sein muss. Weiter ist er der Ansicht, dass in den Akten (Vorbericht, Planungsbericht, finanzielle Gegenüberstellung) bei der Thematik „Rondelle gratis an Gemeinde gegen Tausch mit Land Franke“ nie kommuniziert wurde, dass „dafür“ zusätzliches Bauland einzuzonen ist.

Gemeindeammann Charly Grob stellt klar, dass der Tausch nur zustande kommt, wenn auch die Einzonung beschlossen wird; das wurde überall genügend und klar kommuniziert.

Helmut Kuppelwieser will wissen ob man mit dem Velohändler am Bahnhof diskutiert hat dass er seine Lokalität (BikeFactory im SBB-Güterschuppen) im Zuge der Neuüberbauung Bahnhof West wird verlassen müssen, was vom Vorsitzenden klar bejaht wird.

Die Wortmeldungen zur **Vorlage „Bahnhof West“** sind erschöpft. Der Vorsitzende schreitet zur **ABSTIMMUNG**

Beschluss zu Trakt. 8:

Die Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Bahnhof West“; Ergänzung BNO § 6 mit neuem § 12^{bis} wird grossmehrheitlich genehmigt.

Der **Präsident der FGPK, Henry Löw**, gibt deren Haltung zur **Vorlage „Gishalde“** bekannt. Es konnte keine einheitliche Meinung gefunden werden. Das Projekt 2000 Watt-Gesellschaft wird als sehr gute Vision erachtet und einstimmig unterstützt. Der Landabtausch Gishalde / Alti Stross wird grossmehrheitlich unterstützt, es ist sinnvoll, die 2000 Watt-Gesellschaft möglichst nahe beim ÖV anzusiedeln. Der kritische Punkt ist für die FGPK, dass der Baulandstreifen an der Alten Zofingerstrasse nicht in Landwirtschaftsland um- bzw. ausgezont wird. Aarburg wird deshalb rund 15'000 m² mehr eingezontes Bauland haben (aber mit Bauverbot auf Zeit belegt) als bisher, was rund 1 % des Gemeindegebiets ausmacht. Die gesamte Vorlage wird von der FGPK grossmehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Landwirt **Manfred Frey** meldet sich zu Wort. In der Fachzeitschrift „Schweizer Landwirt“ ist ein Artikel „wem gehört der Boden“ drin. Dort steht, dass der heutige Umgang mit Boden von Spekulation und kurzfristigem Profitdenken bestimmt ist. Die Auswirkungen sind katastrophal. Bauwut und Zersiedelung lässt fruchtbares Ackerland unter Beton verschwinden.

Genau das stört an der Firma Franke. Diese versucht seit Jahren, das Landwirtschaftsland an der Alten Zofingerstrasse umzuzonen für Wigger Village, Wiggertalstrasse und 2000 Watt-Gesellschaft. Jetzt hat man gemerkt dass es schwierig sein würde an der Alten Zofingerstrasse zu bauen. Die Franke hat heute von der Lerbhalde Oftringen bis in die Gishalde Aarburg rund 20 Hektaren Landwirtschaftsland. Hier befürchtet Manfred Frey ganz andere Interessen.

Gegen die Umzonung in der Gishalde und das Projekt 2000 Watt-Gesellschaft ist absolut nichts einzuwenden. Aber im Gegenzug muss der Baulandstreifen an der Alten Zofingerstrasse nicht für die Dauer von 15 Jahren mit einem Bauverbot belegt werden sondern, mit einer dauerhaften Auszonung, zurück in die Landwirtschaftszone! Es kann nicht sein dass der Kanton Aargau mit dem kleinsten prozentualen Anteil an Fruchtfolgefläche in der gesamten Schweiz nun hier auch noch Landwirtschaftland zu Bauland macht.

Gemeindeammann Charly Grob erinnert daran, dass die traktandierten Geschäfte eine Gesamtvorlage beinhalten. Man kann nun nicht einfach beschliessen, den Baulandstreifen Alti Stross auszuzonen. Wenn das gewünscht wäre, müsste ein Rückweisungsantrag gestellt werden, womit das ganze Geschäft heute nicht zustande kommt.

Jörg Villiger stellt in der Folge diesen **Rückweisungsantrag**.

Helmut Kuppelwieser fragt, wie viele Leute im Saal die komplizierten Verkehrswertschätzungen und Berechnungen wohl verstanden haben. Wie hoch ist der zukünftige Wert des Landes das nun eingezont werden soll? Sind es wirklich nur CHF 60 pro Quadratmeter? Wie auch Vorredner Manfred Frey kritisiert er die Rolle der Franke. Man redet von Win-Win-Win-Situationen, dabei verliert eine Partei und das ist die Landwirtschaft. Auch die Rolle des Kantons verstehe er nicht ganz. Die Fruchtfolgeflächen müssen geschützt werden.

Schätzer **Ruedi Jordi** erläutert in der Folge verschiedene Schätzungswerte näher. Die Berechnungen sind differenziert zu betrachten, man kann nicht nur Fläche durch m² teilen. In der Gishalde zB. gibt es 4 verschiedene Preise. Reines Bauland in der Gishalde ist anders berechnet als die Zufahrt über Bauland. Baureifes Bauland in der Gishalde ist mit CHF 450 bis 500 pro m² berechnet. An der Alten Zofingerstrasse wird mit CHF 350.-- bis 370.-- pro m² gerechnet.

Judith Christen bezweifelt, dass in Anbetracht des hohen Leerwohnungsbestandes in Aarburg neue Überbauungen und die Einzonung von Landwirtschaftsland sinnvoll und notwendig sind und ob dies

einer langfristigen und gesunden Entwicklung von Aarburg förderlich ist. Sie unterstützt es, dass ein gleichwertiges Stück Land im Gegenzug zur Einzonung Gishalde aus dem Baugebiet zu entlassen ist. Wenn das nicht möglich ist, unterstützt sie den Rückweisungsantrag. Weiter spricht sie den im Kulturlandplan eingezeichneten und geschützten Hochstamm-Obstbaumgarten an. Der Bestand muss erhalten oder ersetzt werden und die Anlage darf nicht einfach aus dem Kulturlandplan gestrichen werden.

Judith Christen stellt entsprechend **Antrag**: Der Obstgarten ist zwingend an anderer Stelle zu erhalten und dann auch zu unterhalten. Das Geschenk Rondelle in Ehren, aber es darf nicht mit Verlust von Landwirtschaftland erkaufte werden.

Roland Erlbacher weist auf das Forum Stadtaufwertung hin. Dort haben sich rund 20 interessierte Aarburger eingehend und positiv mit der Thematik von Ein-/Umzonung Gishalde und Landabtausch Alte Zofingerstrasse befasst. Das Forum unterstützt das Geschäft.

Paul Bouffler wirbt für die 2000 Watt-Gesellschaft und in der Folge auch für das gesamte Geschäft Gishalde, welches er als für ganz Aarburg zukunftsweisendes Projekt erachtet zur Annahme empfiehlt.

Helmut Kuppelwieser ist nicht für den Rückweisungsantrag, ruft aber dazu auf, mit dem Kanton sei doch nochmals dahingehend zu verhandeln, dass dieser den Baulandstreifen an der Alten Zofingerstrasse auszonieren möge. Das ganze Geschäft sei bis zum vorliegenden der entsprechenden Antwort zurückzustellen.

Gemeindeammann Charly Grob verweist auf die langen und intensiven Verhandlungen mit dem Kanton. Der Bauverzicht auf 15 Jahre ist eine gute Lösung. Das dümmste wäre aber, wenn das Land jetzt ausgezont würde und in 15 Jahren muss man es dann wieder einzonen.

An diesem Punkt erfolgt die **ABSTIMMUNG** über den Rückweisungsantrag.

Beschluss:

Der **Rückweisungsantrag** wird (mit 102 Nein: 80 Stimmen) **abgelehnt**.

Direkt anschliessend erfolgt die **HAUPTABSTIMMUNG zur Vorlage „Gishalde“**.

Beschluss zu Trakt. 9:

Die Teiländerung Bauzonenplan Gebiet „Gishalde“; Ergänzung BNO mit neuem § 7^{bis} wird (mit 103 : 85 Stimmen) genehmigt.

Abschliessend macht der Vorsitzende, **Gemeindeamman Charly Grob**, darauf aufmerksam dass nun noch der **Antrag von Judith Christen** betreffend dem Ersatz Obstgarten Gishalde offen ist. In der entsprechenden **ABSTIMMUNG** wird dieser Antrag **klar angenommen**.

Protokollauszug an

- Akten GR B1.7.2 Projekt Bahnhof West
- Akten GR B1.7.2 Projekt Gishalde
- BPU
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeamman

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10. Einbürgerungen

Gemeindeammann Karl Grob begrüsst die im Zuschauerbereich auf der Ballustrade anwesenden Einbürgerungskandidaten. Dieses Jahr haben 56 Erwachsene (über 16 Jahre alt) ein Gesuch eingereicht. Schlussendlich wurden 24 Personen zum Test eingeladen und haben diesen durch Erreichen der notwendigen Punktezahl bestanden. Davon werden der heutigen Versammlung nun 21 Gesuche (22 Erwachsene und 10 Kinder) zum Entscheid vorgelegt. Bei 20 Gesuchen sind alle Anforderungen erfüllt. 1 Gesuch wird zur Ablehnung empfohlen.

Einbürgerungs-Anträge im Überblick

- 10.1 Aybir, Yasin Cemre
- 10.2 Blanco Carril, José Javier
- 10.3 Bodur, Faruk Serdar und Bodur geb. Yildirim, Nilüfer mit Tochter Lara
- 10.4 Cil, Oya
- 10.5 Da Silva Lopes, Catia Sofia
- 10.6 De Abreu Cardoso, Hélder Ricardo
- 10.7 Dibrani, Nazmi
- 10.8 Dibrani, Patrik
- 10.9 Fazlic Nedzadeta mit den Kindern Anida, Edita und Anis (**Ablehnungs-Antrag**)
- 10.10 Ferina, Antonio
- 10.11 Knezevic, Miodrag
- 10.12 Lomanno Enzo
- 10.13 Mehmetaj, Drita
- 10.14 Mehmetaj geb. Zhabotaj, Shemsije und Sohn Lum
- 10.15 Miranda Ferreiro, Natalia mit Tochter Olivia
- 10.16 Örki, Damla
- 10.17 Papic geb. Ciganovic, Milka
- 10.18 Sakiz, Derya
- 10.19 Salcaj, Bujar mit den Kindern Blearta, Amanda, Laura und Dorian
- 10.20 Tafaj, Betim
- 10.21 Yagiz, Cansu

Ausstandsregelung

Der Gemeinderat will den StimmbürgerInnen gestützt auf Art. 34 BV die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe gewähren. In diesem Sinne dürfen die BürgerrechtsbewerberInnen bei der Vorstellung respektive bei den allgemeinen Informationen zu den Einbürgerungen im Gästebereich des Versammlungslokals anwesend sein. Sie verlassen das Lokal aber dann, wenn die einzelnen Gesuche zur Beratung und Abstimmung gelangen.

FGPK-Mitglied Fredy Nater gibt bekannt, dass die FGPK sämtlichen Anträgen des Gemeinderates zustimmt. 20 Gesuchen soll also zugestimmt werden und 1 Gesuch wird zur Ablehnung empfohlen.

Sämtliche als Gäste/Zuschauer anwesenden Kandidaten (und soweit vorhanden, deren Ehegatten, Eltern und deren Kinder mit ihren Ehegatten) begeben sich nun in den **Ausstand**.

Gemeindeammann Karl Grob geht in der Folge alle Kandidaten durch.
Es werden dazu keine Beratungen gewünscht.

Es wird über jedes Gesuch einzeln abgestimmt. Allen Gesuchstellern, mit einer Ausnahme (→ Ablehnung), wird das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Es wird auf die nachstehenden, einzeln durchgeführten Abstimmungen verwiesen!

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.1 Einbürgerungsrunde 2011
- Akten GR B5.1.2 mit allen Beschlüssen gem. Ziff. 10.1 bis 10.21 hienach)

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.1 Einbürgerung AYBIR Yasin Cemre

Familiennamen	AYBIR
Vornamen	Yasin Cemre
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Lehre als Logistiker
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	20.10.1991
Geburtsort CH	Olten SO
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 7

Beschluss:

AYBIR Yasin Cemre wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.2 Einbürgerung **BLANCO CARRIL José Javier**

Familiennamen	BLANCO CARRIL
Vornamen	José Javier
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Kundenberater im Aussendienst
Heimatland	Spanien
Geburtsdatum	07.02.1982
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Burgpark 4

Beschluss:

BLANCO CARRIL José Javier wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.3 Einbürgerung **BODUR Faruk Serdar und Familie**

Familiennamen	BODUR
Vornamen	Faruk Serdar
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Mitarbeiter
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	16.06.1982
Geburtsort CH	Olten SO
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 24

Familiennamen	BODUR
Vornamen	Nilüfer
Geschlecht	f
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Sachbearbeiterin Einkauf
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	18.07.1984
Geburtsort CH	Niederbipp BE
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 24

und deren Tochter

BODUR, Lara, geb. 03.04.2010 in Rothrist AG

Beschluss:

Den Eheleuten BODUR und deren Tochter wird gegen die Entrichtung von CHF 2'500 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.4 Einbürgerung CIL Oya

Familiennamen	CIL
Vornamen	Oya
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Lehre als Kauffrau
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	06.01.1994
Geburtsort CH	Olten SO
Adresse	4663 Aarburg, Tunnelweg 4

Beschluss:

CIL Oya wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.5 Einbürgerung DA SILVA LOPES Catia Sofia

Familiennamen	DA SILVA LOPES
Vornamen	Catia Sofia
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Lehre als Kauffrau
Heimatland	Portugal
Geburtsdatum	05.02.1992
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Fliederstrasse 24

Beschluss:

DA SILVA LOPES Catia Sofia wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.6 Einbürgerung DE ABREU CARDOSO Hélder Ricardo

Familiennamen	DE ABREU CARDOSO
Vornamen	Hélder Ricardo
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Baustellenleiter
Heimatland	Portugal
Geburtsdatum	24.09.1975
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Paradieslistrasse 3

Beschluss:

DE ABREU CARDOSO Hélder Ricardo wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.7 Einbürgerung DIBRANI Nazmi

Familiennamen	DIBRANI
Vornamen	Nazmi
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Schreiner
Heimatland	Serbien und Montenegro
Geburtsdatum	14.05.1958
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 9

Beschluss:

DIBRANI Nazmi wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.8 Einbürgerung DIBRANI Patrik

Familiennamen	DIBRANI
Vornamen	Patrik
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Fussballer
Heimatland	Serbien und Montenegro
Geburtsdatum	25.04.1992
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 9

Beschluss:

DIBRANI Patrik wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.9 Einbürgerung FAZLIC geb. Velagic Nedzadeta und Kinder

Familiennamen	FAZLIC geb. Velagic
Vornamen	Nedzadeta
Geschlecht	f
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Lagermitarbeiterin
Heimatland	Bosnien und Herzegowina
Geburtsdatum	03.05.1963
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Im Feld 5

und deren Kinder

FAZLIC Anida, geb. 22.07.1995 in Zofingen AG
FAZLIC Edita, geb. 25.08.1997 in Zofingen AG
FAZLIC Anis, geb. 08.07.2004 in Zofingen AG

Antrag

Der Gemeinderat stellt den ablehnenden Antrag, **den Gesuchstellerinnen sei das Bürgerrecht der Gemeinde Aarburg nicht zu erteilen.**

Begründung

Mangelnde Integration und ungenügende staatsbürgerliche Kenntnisse.

Beschluss:

FAZLIC geb. Velagic Nedzadeta und deren Kinder wird das Aarburger Bürgerrecht nicht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.10 Einbürgerung FERINA Antonio

Familiennamen	FERINA
Vornamen	Antonio
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Magaziner
Heimatland	Italien
Geburtsdatum	23.07.1973
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Färbeweg 2

Beschluss:

FERINA Antonio wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.11 Einbürgerung KNEŽEVIC Miodrag

Familiennamen	KNEŽEVIC
Vornamen	Miodrag
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Lagermitarbeiter
Heimatland	Bosnien und Herzegowina
Geburtsdatum	22.12.1971
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Langmattstrasse 26a

Beschluss:

KNEŽEVIC Miodrag wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.12 Einbürgerung LOMANNO Enzo

Familiennamen	LOMANNO
Vornamen	Enzo
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Elektromonteur / Netzelektriker
Heimatland	Italien
Geburtsdatum	21.12.1976
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Mühlegasse 12

Beschluss:

LOMANNO Enzo wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.13 Einbürgerung MEHMETAJ Drita

Familiennamen	MEHMETAJ
Vornamen	Drita
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Schülerin
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	20.01.1991
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Oltnerstrasse 133

Beschluss:

MEHMETAJ Drita wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.14 Einbürgerung MEHMETAJ geb. Zhabotaj Shemsije und Sohn

Familiennamen	MEHMETAJ geb. Zhabotaj
Vornamen	Shemsije
Geschlecht	f
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Raumpflegerin
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	08.05.1967
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Oltnerstrasse 133

und deren Sohn

MEHMETAJ, Lum, geb. 16.05.1994 in Olten SO

Beschluss:

MEHMETAJ geb. Zhabotaj Shemsije und deren Sohn wird gegen die Entrichtung von CHF 1'500 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.15 Einbürgerung MIRANDA FERREIRO Natalia und Tochter

Familiennamen	MIRANDA FERREIRO
Vornamen	Natalia
Geschlecht	f
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Product Manager
Heimatland	Spanien
Geburtsdatum	25.10.1980
Geburtsort CH	Olten SO
Adresse	4663 Aarburg, Pilatusstrasse 11

und deren Tochter

RUSSO, Olivia, geb. 23.12.2009 in Olten SO

Beschluss:

MIRANDA FERREIRO Natalia und deren Tochter wird gegen die Entrichtung von CHF 1'500 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.16 Einbürgerung ÖRKI Damla

Familiennamen	ÖRKI
Vornamen	Damla
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Filialeiterin
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	30.06.1985
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Höheweg 1

Beschluss:

ÖRKI Damla wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.17 Einbürgerung PAPIC geb. Ciganovic Milka

Familiennamen	PAPIC geb. Ciganovic
Vornamen	Milka
Geschlecht	f
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Technische Sterilisationsassistentin
Heimatland	Bosnien und Herzegowina
Geburtsdatum	25.03.1971
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Bifangstrasse 42

Beschluss:

PAPIC geb. Ciganovic Milka wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.18 Einbürgerung SAKIZ Derya

Familiennamen	SAKIZ
Vornamen	Derya
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Lehre als Detailhandels-Fachfrau
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	20.05.1990
Geburtsort CH	Altdorf UR
Adresse	4663 Aarburg, Rotelstrasse 6a

Beschluss:

SAKIZ Derya wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.19 Einbürgerung SALCAJ Bujar und Kinder

Familiennamen	SALCAJ
Vornamen	Bujar
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Schleifer
Heimatland	Serbien und Montenegro
Geburtsdatum	16.09.1977
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Oltnerstrasse 44

mit den Kindern

SALCAJ, Blearta, geb. 25.01.2000 in Langenthal AG
SALCAJ, Amanda, geb. 16.05.2002 in Langenthal AG
SALCAJ, Laura, geb. 27.07.2006 in Langenthal AG
SALCAJ, Dorian, geb. 12.02.2009 in Langenthal AG

Beschluss:

SALCAJ Bujar und dessen Kindern wird gegen die Entrichtung von CHF 3'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Abteilung EZD
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.20 Einbürgerung TAJAJ Betim

Familiennamen	TAFAJ
Vornamen	Betim
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Produktionsmitarbeiter
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	23.05.1981
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Bahnhofstrasse 24

Beschluss:

TAJAJ Betim wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

10.21 Einbürgerung YAGIZ Cansu

Familiennamen	YAGIZ
Vornamen	Cansu
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Schülerin
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	04.03.1992
Geburtsort CH	Olten SO
Adresse	4663 Aarburg, Oltnerstrasse 117

Beschluss:

YAGIZ Cansu wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

11. Orientierungen und Umfrage

11.1

Gemeindeammann Charly Grob würdigt anschliessend die Verdienste der per 31.10.2010 aus dem Gemeinderat **zurückgetretenen langjährigen Gemeinderats-Kollegin Elisabeth Widmer**. Der Gemeinderat bedauert dies sehr.

11.2

Gemeindeammann Charly Grob verweist auf den **Weihnachtsmarkt mit Festungsbasar** von morgen Samstag, 27.11.2010.

4663 Aarburg, 21. März 2011 / Wicki / A1.2.2

L:\ARCHIV\A1\PROTOKOLLE EGV\A122-Prot-EGV 2010-11-26.docx

Für getreues Protokoll:

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

Verteiler

- Gemeinderäte (5)
- Gemeindeschreiber
- Gemeindeschreiber-Stv. **Homepage**
- Mitglieder FGPK (9)
- Akten GR A1.2.2
- as **Registrierung**